



Vorlage an das Stadtparlament

vom 19. September 2006 Nr. 2177

Versicherungskasse

Revision des Reglements der Versicherungskasse

1 Ausgangslage

Per 1.1.2004 mussten aufgrund der unbefriedigenden Entwicklung des Deckungsgrades verschiedene Konsolidierungsmassnahmen eingeleitet und das Reglement der Versicherungskasse deswegen revidiert werden. Die Neuregelungen zeigen zusammen mit den Erträgen aus den Vermögensanlagen positive Auswirkungen. So stieg der Deckungsgrad per Ende 2005 auf 89.7 Prozent (31.12.2002: 78.0 %).

Per 1. Januar 2005 traten das erste und zweite Paket der 1. Revision des Gesetzes über die Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) in Kraft. Sie enthalten Neuerungen, welche für alle registrierten Vorsorgeeinrichtungen ab diesem Zeitpunkt verbindlich sind und auf Reglementsstufe zwingend geregelt werden mussten. Dies bedingte per 1.1.2005 eine weitere Teilrevision. Auf den 1.1.2006 ist das dritte Paket der 1. BVG-Revision in Kraft getreten. Darin sind die Grundsätze der beruflichen Vorsorge umschrieben.

2 Gründe für die Revision des VK-Reglements per 1.1.2007

Im Rahmen der 1. BVG-Revision wird verlangt, dass jede Vorsorgeeinrichtung die Bedingungen für eine Teilliquidation, das Verfahren und die Zuteilung allfälliger freier Mittel bzw. eines Fehlbetrages näher regelt. Diese Regelung muss durch die zuständige Aufsichtsbehörde mittels Verfügung genehmigt werden. Für die Einführung besteht eine Übergangsfrist von drei Jahren, d.h. bis Ende 2007. Gemäss dem Versicherungsexperten ist es ratsam, die Bedingungen für eine Teilliquidation in einem separaten Reglement festzuhalten. Darin muss auch das Verfahren bei einer allfälligen Kündigung des Anschlussvertrages einer angeschlossenen Institution festgelegt werden.



Notwendig sind zahlreiche weitere Anpassungen des bestehenden Vorsorgereglements wie z.B. die Bestimmungen betreffend Auszahlung der Altersleistung in Kapitalform, die erweiterte Begünstigtenordnung oder die Informationspflicht. Im Weiteren hat die aktuelle Rechtsprechung dazu geführt, dass gewisse Vorgänge präziser formuliert werden müssen, um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Ein Verweis auf das übergeordnete Recht genügt heute in diesen Fällen nicht mehr. Das Reglement muss selber die präzisen Regelungen enthalten. Auch zur Erfüllung dieser Anforderung empfiehlt der Versicherungsexperte deshalb die gesamthafte Überarbeitung des VK-Reglements.

Ein weiterer wichtiger Revisionspunkt ist die Anpassung des IV-Begriffs. Dieser geht im aktuellen Reglement über die gesetzlichen Regelungen der Eidg. Invalidenversicherung (IVG) und der Beruflichen Vorsorge (BVG) hinaus. Im Hinblick auf die zunehmend restriktivere Rentenzusprechung durch die IV läuft die Versicherungskasse damit Gefahr, gesetzlich nicht geschuldete Leistungen ausrichten zu müssen. Obwohl sich die Versicherungskasse in den letzten Jahren finanziell leicht erholt hat, kann sie sich dies auch mit Rücksicht auf die kommenden Generationen nicht leisten.

Wichtiger Gegenstand dieser Revision ist schliesslich die Verzinsung der ganzen Deckungslücke durch die Stadt und die angeschlossenen Institutionen. Der Versicherungsexperte hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen. Diese Verzinsung ist bei öffentlich-rechtlichen Kassen durchaus üblich. Um diesem Anliegen Rechnung zu tragen, soll die Deckungslücke in der Regel bis 100 % verzinst werden. Damit jedoch die Stadt bei angespannter Finanzlage nicht zusätzlich belastet wird, entscheidet der Stadtrat in Zukunft im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt jährlich, in welchem Ausmass die Deckungslücke verzinst wird. Dieser Entscheid ist auch für die angeschlossenen Institutionen verbindlich.

3 Kurzkommentar zu den einzelnen Artikeln

I. Allgemeine Bestimmungen (neu Artikel 1 bis 5)

- Artikel 1** **Zweck**
- Artikel 2** **Rechtsnatur**
- Artikel 3** **Mitglieder**

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen

Artikel 4 Umfang der Versicherung

Es wird eine Leistungsbeschränkung auf die Mindestleistungen gemäss BVG eingeführt. Mindestleistungen gemäss BVG kommen z.B. bei Invalidität infolge eines Geburtsgeb-



chens zur Anwendung. Im übrigen werden notwendige Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen vorgenommen.

Artikel 5 Dauer der Versicherung

Die bisher in diesem Artikel enthaltene Regelung betreffend Versicherungsverhältnis bei unbezahltem Urlaub ist neu in Art. 10 zu finden.

Im übrigen Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

II. Finanzierung (neu Artikel 6 bis 11)

Artikel 6 Grundlagen

In Abs. 3 wird die Berechnungsart des versicherten Lohnes bei Teilinvalidität neu geregelt und dem BVG angepasst.

Im übrigen Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 7 Begrenzung des versicherten Lohns

Keine Änderung, nur Neunummerierung.

Artikel 8 Einkauf

Neu wird der Verzugszins bei Ratenzahlung der Einkaufssumme analog dem technischen Zinssatz auf 4 % festgelegt (bisher BVG-Mindestzinssatz plus 1 %). Dies entspricht dem für die Finanzierung notwendigen Zinssatz.

Im Weiteren wird in Zukunft beim Wegkauf einer Rentenkürzung auf eine vorgängige vertrauensärztliche Abklärung verzichtet, weil medizinische Vorbehalte aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nur in sehr beschränktem Masse möglich und für maximal 5 Jahre zulässig sind. Der damit verbundene Aufwand rechtfertigt sich deshalb nicht.

Im übrigen diverse Präzisierungen gemäss BVG.

Artikel 9 Kürzung (neu)

Es werden neu mögliche Rentenkürzungen wegen fehlender Einkaufssumme definiert und die Voraussetzungen gemäss BVG für einen Wegkauf aufgelistet.

Artikel 10 Beiträge

Alt Art. 8 Abs. 3 (Entrichtung der wiederkehrenden Beiträge der Stadt bei unbezahltem Urlaub nach Ablauf von drei Monaten) wurde gestrichen, weil diese Regelung für die städti-



schen Versicherten bereits im VZP enthalten ist. Die angeschlossenen Institutionen sind bezüglich dieser Regelung frei.

Im übrigen verschiedene Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 11 Herabsetzung des versicherten Lohns und Beitragsbefreiung

Neu wird nur noch bei befristeter Lohnreduktion auf ausdrücklichen Wunsch der versicherten Person der Besitzstand gewährt. Die Befristung muss zum voraus in einer schriftlichen Abmachung klar umschrieben sein. Bei unbefristeter Lohnreduktion gilt kein Besitzstand mehr. Für die zu viel bezahlten VK-Beiträge besteht jedoch Anspruch auf eine zusätzliche Rente.

Im Weiteren wird die Beitragsbefreiung detailliert geregelt.

III. Versicherungsleistungen der Kasse (neu Artikel 12 bis 31)

Artikel 12 Versicherungsleistungen

Neu wird unter Punkt 2 b) eine Rente zugunsten der eingetragenen Partnerin/des eingetragenen Partners eingeführt (siehe Art. 19 neu).

Im übrigen verschiedene Präzisierungen.

Artikel 13 Altersrente

In Abs. 3 wird die schon bisher mögliche Alters-Teilpensionierung näher definiert und festgehalten, dass nach erfolgter Alters-Teilpensionierung eine spätere Erhöhung des Beschäftigungsgrades ausgeschlossen ist. Diese Einschränkung muss aus versicherungstechnischen Gründen gemacht werden.

Im übrigen verschiedene Präzisierungen.

Artikel 14 Höhe der Altersrente

Neu wird klar umschrieben, unter welchen Umständen die Kürzung wegen vorzeitigem Altersrücktritt ausgekauft werden kann. Hier gilt es insbesondere die Vorgaben der Steuerbehörden einzuhalten.

Verschiedene Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 15 Alterskapital

Aufgrund der 1. BVG-Revision können Versicherte seit 1.1.2005 auf Antrag einen Viertel des BVG-Altersguthabens als Kapitalabfindung beziehen. Der Barbezug muss spätestens mit Erreichen des 63. Altersjahres (ordentliches Rentenalter in der Stadtverwaltung) getätigt



werden, unabhängig davon, ob eine versicherte Person darüber hinaus erwerbstätig bleibt. Im Weiteren ist eine Ergänzung bezüglich der eingetragenen Partnerschaft notwendig.

Artikel 16 AHV-Überbrückungsrente

Aufgrund eines langjährigen Anliegens der Verbändekonferenz, welches in der Vernehmlassung wieder thematisiert wurde, wird in Abs. 3 der Rückzahlungssatz nach Rücksprache mit dem Versicherungsexperten von 8.0% auf 7.3% gesenkt. Der Kürzungssatz von 8.0% war bisher gerechtfertigt, weil davon grösstenteils Versicherte betroffen waren, die von der äusserst grosszügigen kürzungsfreien vorzeitigen Altersrente profitierten. Aus diesem Grunde soll der neue Rückzahlungssatz bei Pensionierungen ab 1.1.2007 und nicht rückwirkend angewendet werden. Mit dieser Neuregelung werden beispielsweise beim Bezug der maximal möglichen AHV-Überbrückungsrente (aktuell Fr. 2'150 pro Monat) zwischen dem 60. und 65. Altersjahr rund Fr. 900.– Rückzahlungskosten pro Jahr eingespart.

Lit. a) im Randtitel ist hinfällig, weil beim Bezug einer AHV-Überbrückungsrente nicht mehr zwischen vorzeitiger und ordentlicher Alterspensionierung unterschieden wird. Da mit der Teilrevision des VK-Reglements per 1.1.2005 die Ausrichtung einer nicht rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente aufgehoben wurde, kann auch Art. 13bis (alt) gestrichen werden.

Verschiedene Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen sowie Ergänzung, dass die Regelung auch für eingetragene Partnerschaften gültig ist.

Artikel 17 Alters-Kinderrente

Neu richtet die Versicherungskasse auch bei vorzeitiger Alterspensionierung (zwischen 60. und 63. Altersjahr) Kinderrenten aus. Bisher bestand dieser Anspruch erst ab dem ordentlichen Rentenalter mit 63 Jahren. Dies, weil die vorzeitige Alterspensionierung bis Jahrgang 1944 ohne Rentenkürzung möglich war und mit dieser Einschränkung eine zusätzliche Belastung der Kasse vermieden werden sollte.

Im Weiteren wird die Berechnungsart vereinfacht. Neu beträgt die Alters-Kinderrente 20 % der Altersrente (bisher 12 % des versicherten Lohnes). Die Höhe der Kinderrente bleibt jedoch unverändert.

Verschiedene Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 18 Ehegattenrente zugunsten der Witwe/des Witwers

Der Anspruch auf Ehegattenrente für Personen ohne Kinder wird eingeschränkt. Bisher entstand der Rentenanspruch nach mindestens zwei Jahren Ehe. Neu muss der hinterbliebene Ehegatte beim Tod der versicherten Person auch älter als 40 Jahre sein. Hier sei auf die Bedingungen des BVG verwiesen. Damit gemäss BVG ein Anspruch auf Ehegattenrente für



Personen ohne Kinder entsteht, muss die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert haben und der Ehegatte beim Tod der versicherten Person älter als 45 Jahre sein.

Bei Wiederverheiratung eines rentenberechtigten Ehegatten wird in jedem Fall eine einmalige Abfindung ausgerichtet. Bisher ruhte der Rentenanspruch, und die Abfindung wurde nur auf Antrag innerhalb eines Jahres nach Wiederverheiratung ausbezahlt (Art. 17 alt).

Artikel 19 Rente zugunsten der eingetragenen Partnerin/ des eingetragenen Partners

Mit der Abstimmung vom 5.6.2005 wurde das Partnerschaftsgesetz vom Volk angenommen. Dieses Gesetz ermöglicht gleichgeschlechtlichen Paaren, ihre Lebensgemeinschaft rechtlich abzusichern, indem sie sich beim Zivilstandsamt eintragen lassen. Ihr Zivilstand lautet „in eingetragener Partnerschaft“. Im Erbrecht, bei den Sozialversicherungen inkl. der beruflichen Vorsorge haben gleichgeschlechtliche Paare aufgrund des neuen Gesetzes dieselben Rechte und Pflichten wie Ehepaare.

Die Neuregelung gilt nicht für Konkubinatspaare. Bei Konkubinatspaaren ist die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen sehr schwierig, was zu Rechtsunsicherheiten führt. Auch sind die finanziellen Auswirkungen für die Kasse aufgrund der in der Schweiz fehlenden statistischen Erhebungen schwer zu beziffern. Unter Berücksichtigung der bestehenden Unterdeckung der Kasse sollten Leistungsausweitungen grundsätzlich vermieden werden. Die Einführung der Lebenspartnerrente wäre deshalb mit einer Beitragserhöhung und dem Risiko einer höheren Deckungslücke verbunden.

Artikel 20 Ehegattenrente zugunsten des geschiedenen Ehegatten

Der Rentenanspruch für geschiedene Ehegatten wird präzisiert. Neu entspricht die Rente im Maximum der Mindestleistung gemäss BVG (Schattenrechnung). Dies gilt jedoch nur für Scheidungen nach altem Recht. Bei Scheidungen nach neuem Recht wird die während der Ehe erworbene Freizügigkeitsleistung halbiert und es besteht kein Anspruch mehr auf eine Ehegattenrente.

Der Rentenanspruch aus der Versicherungskasse zu Gunsten des geschiedenen Ehegatten erlischt mit der Wiederverheiratung. Es besteht jedoch kein Anspruch auf Abfindung gemäss Art. 18. Eingetragene Partnerschaften sind bei gerichtlicher Auflösung der Ehescheidung gleichgestellt.

Art. 17 (alt) wird gestrichen und durch Art. 18 (neu) Abs. 4 geregelt.



Artikel 21 Höhe der Ehegattenrente

Wie in Art. 17 (Kinder-Altersrente) wird die Berechnungsart geändert. Neu beträgt die Ehegattenrente 66.67 % der Altersrente (bisher 40 % des versicherten Lohnes). Die Höhe der Ehegattenrente wird dadurch nicht verändert.

Ebenfalls präzisiert wird der Leistungsanspruch des Ehegatten bei Heirat nach Übertritt in den Ruhestand. Im übrigen Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 22 Waisenrente

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen sowie Änderung der Rentenberechnung analog Art. 17 (Kinder-Altersrente).

Artikel 23 Invalidenrente

Die IV-Leistungen der Versicherungskasse werden bezüglich Anspruchsbedingungen und Umfang an das BVG angepasst. Insbesondere betrifft dies den Leistungsbeginn und das Leistungsende sowie den Grad der Erwerbsunfähigkeit. Ein IV-Grad von weniger als 40 % ergibt in keinem Fall Anspruch auf Leistungen. Bei einem IV-Grad von mindestens 40 % wird eine Viertelsrente, bei einem IV-Grad von mindestens 50 % eine halbe Rente und bei einem IV-Grad von mindestens 60 % eine Dreiviertelsrente gewährt. Ab einem IV-Grad von mindestens 70 % wird die ganze Rente ausgerichtet.

Artikel 24 Höhe der Invalidenrente

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 25 Invaliden-Ergänzungsrente

Da die Lohnzahlung bei Krankheit/Unfall gemäss Personalreglement während 12 Monaten gewährt wird, haben arbeitsunfähige Versicherte wie bisher ab dem 13. Monat Anspruch auf eine IV-Rente der Versicherungskasse (siehe Art. 23 Abs. 3 neu) sowie auf eine Invaliden-Ergänzungsrente (Art. 22 alt) als Vorschuss auf die von der IV zu erwartenden Leistungen. Da es ohne detaillierte Angaben sehr schwierig ist, die Höhe der IV-Rente zu schätzen, beträgt die Ergänzungsrente neu höchstens drei Viertel der maximalen IV-Rente (2006: 2'150). Bei Teilzeitbeschäftigung oder Teilinvalidität wird die Ergänzungsrente entsprechend gekürzt. Versicherte angeschlossener Institutionen haben wie bisher keinen Anspruch auf die Invaliden-Ergänzungsrente, weil die Versicherungskasse IV-Leistungen erst nach Vorliegen der IV-Verfügung ausrichtet.

Die Vorschussleistungen der Versicherungskasse werden mit den Rentenzahlungen der IV verrechnet. Vorschussleistungen, welche nicht verrechnet werden können, werden der Kasse durch die Stadt vergütet. (Art. 53). Das Gleiche gilt für zu hoch angesetzte Rentenleistun-



gen der VK, die bezüglich IV-Grad nicht mit dem Entscheid der Eidg. Invalidenversicherung übereinstimmen. Die so in der Vergangenheit für die Versicherungskasse nicht verrechenbaren Kosten beliefen sich im Durchschnitt auf rund Fr. 10'000 pro Jahr.

Artikel 26 Invaliden-Kinderrente

Auch hier werden Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen vorgenommen und die Berechnungsart geändert (s. Art. 17 und 22).

Artikel 27 Rente des Personals bei Nichtwiederwahl

Artikel 28 Austrittsleistung

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 29 Verwendung der Austrittsleistung

Hier handelt es sich um einen neuen Artikel, welcher notwendige Ergänzungen zu Art. 27 (Art. 25 alt) enthält. Die in Abs. 5 aufgeführte Neuregelung bezüglich Barauszahlung der Austrittsleistung tritt, wie im Gesetz vorgesehen, erst per 1.6.2007 in Kraft und nicht schon per 1.1.2007.

Artikel 30 Teilliquidation

Dieser Artikel weist auf das vom Stadtrat noch zu erlassende Vollzugsreglement hin.

Wie unter Punkt 2 erwähnt, muss aufgrund der 1. BVG-Revision jede Vorsorgeeinrichtung die Bedingungen für eine Teilliquidation, das Verfahren und die Zuteilung allfälliger freier Mittel bzw. eines Fehlbetrages näher regeln. Das Reglement zum Vollzug der Teilliquidation muss von der Aufsichtsbehörde mittels Verfügung genehmigt werden und es besteht kein Spielraum. Da das Vorgehen bei Teilliquidation ausserdem sehr detailliert festgehalten werden muss, ist es sinnvoll, dieses nicht in das VK-Reglement zu integrieren.

Artikel 31 Ehescheidung

Dieser neue Artikel regelt den Wiedereinkauf in die Versicherungskasse, wenn Freizügigkeitsleistungen infolge Scheidung übertragen werden mussten. Gleichzeitig erfolgt der Hinweis, dass die gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft der Ehescheidung gleichgestellt ist.

Artikel 32 Leistungen in Härtefällen

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.



IV. *Gemeinsame Bestimmungen für die Leistungen (neu Artikel 32 bis 42)*

Artikel 33 Teuerungszulage auf den Renten

Unverändert, abgesehen von der Nummerierung.

Artikel 34 Kürzung von Leistungen

Präzisierungen zu den bereits bestehenden Kürzungsregeln.

Artikel 35 Auskunfts- und Meldepflichten

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen und Ergänzungen zu den Auskunfts- und Meldepflichten. Anpassung des Randtitels.

Artikel 36 Auskunftsrechte

Hier handelt es sich um einen neuen Artikel, in welchem die Auskunftsrechte der Versicherten umschrieben sind.

Artikel 37 Sicherung der Rechtmässigkeit der Leistungen und des Vorsorgezwecks

Artikel 38 Ansprüche bei Dritten; Abtretung von Forderungen

Artikel 39 Berichtigung und Rückerstattung von Leistungen

Artikel 40 Abtretung und Verpfändung

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 41 Wohneigentumsförderung

Eigener Artikel zur Wohneigentumsförderung.

Artikel 42 Auszahlung der Leistungen/Vorleistungen

Hier wurden der Randtitel ergänzt und Präzisierungen zur Auszahlung sehr kleiner Rentenansprüche gemacht. Im Weiteren wird die gesetzliche Vorleistungspflicht der Versicherungskasse umschrieben.

Artikel 43 Rechtsschutz

Unverändert, abgesehen von der Nummerierung.

V. *Besondere Bestimmungen für die Mitglieder des Stadtrates (neu Artikel 43 bis 46)*

Artikel 44 Ruhegehalt

Da gemäss Art. 11 Abs. 2 des gültigen VK-Reglements das Ruhegehalt längstens bis zum 65. Altersjahr aufgeschoben werden kann, wird in Abs. 4 das Vorgehen für Mitglieder des Stadtrats geregelt, welche über das 65. Altersjahr hinaus im Amt bleiben. Analog zur Rege-



lung beim Kanton wird in diesem Fall neu das ab 65. Altersjahr nicht bezogene Ruhegehalt einem separaten Sparkonto gutgeschrieben und mit dem BVG-Zinssatz verzinst. Beim Übertritt in den Ruhestand, jedoch spätestens mit Erreichen des 70. Altersjahres, wird das so angesparte Guthaben als einmaliges Alterskapital bar ausbezahlt.

Artikel 45 Höhe

Präzisierung bezüglich möglicher Rentenkürzungen. Materiell keine Änderung.

Artikel 46 Abgangsentschädigung

Abs. 3a des gültigen VK-Reglements ist nicht mehr notwendig, weil diese Regelung gemäss Freizügigkeitsgesetz für zehn Jahre rückwirkend Anwendung fand und die Stadt sich schon länger nicht mehr am Einkauf beteiligt.

Artikel 47 Anwendung der für Renten geltenden Bestimmungen auf die Ruhegehälter

Unverändert, abgesehen von der Nummerierung.

VI. *Anschluss anderer Institutionen (neu Artikel 47 bis 48)*

Artikel 48 Grundsatz

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 49 Geltung des Reglements

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen und Anpassungen an die neue Regelung betreffend Anspruch auf IV-Leistungen (s. Art. 23 neu)

VII. *Organisation und Verwaltung (neu Artikel 49 bis 54)*

Artikel 50 Verwaltungskommission

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 51 Kontrollstelle

Unverändert, abgesehen von der Nummerierung.

Artikel 52 Verwaltungsgrundsätze

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.



Artikel 53 Ansprüche der Pensionskasse gegen die Stadt

Neu muss die Stadt der Versicherungskasse bei Ausrichtung einer Rente bei Nichtwiederwahl (lit. a) oder bei Ausrichtung eines Ruhegehalts (lit. b) die fehlenden Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Beiträge bis Alter 63 vergüten.

Ebenso muss die Stadt der Versicherungskasse die nicht mit Leistungen der IV verrechenbare Invaliden-Ergänzungsrente gemäss Art. 25 sowie allenfalls zu hoch angesetzte IV-Leistungen erstatten (s. Kommentar zu Art. 25).

Präzisierungen im Randtitel und im Text.

Artikel 54 Fonds für Härtefälle

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 55 Verzinsung der Deckungslücke

Bisher bestand die Verpflichtung der Stadt und der angeschlossenen Institutionen darin, den bis zu einem Deckungsgrad von 80 % fehlenden Betrag zu verzinsen. Ausserdem kann die Stadt einen Deckungsfehlbetrag bis 90 % verzinsen, sofern es die finanzielle Lage zulässt. Neu soll eine allfällige Deckungslücke von der Stadt und den angeschlossenen Institutionen bis zu einem Deckungsgrad von 100 % verzinst werden. Diese Verzinsung der gesamten Deckungslücke wird zur Regel. Damit jedoch die Stadt bei angespannter Finanzlage nicht zusätzlich belastet wird, entscheidet der Stadtrat im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt jährlich, in welchem Ausmass die Deckungslücke verzinst wird. Dieser Entscheid ist aufgrund von Art. 49 Abs. 2 auch für die angeschlossenen Institutionen verbindlich. Bei Verzinsung bis zu einem Deckungsgrad von 100 % würden zurzeit folgende Kosten erwachsen (Stand Deckungslücke 31.12.2005, Deckungsgrad 89,71 %):

Stadt inkl. Betriebe	Fr. 2'705'770
Angeschlossene Institutionen	Fr. 776'180

Dieser revidierte Artikel löste in der Vernehmlassung kontroverse Reaktionen aus. Die Verbändekonferenz fordert eine volle und vorbehaltlose Verzinsung der Deckungslücke. Angeschlossene Institutionen weisen auf die zusätzlichen Belastungen bei ohnehin knappen finanziellen Ressourcen hin, wenn auch eine Verzinsung von der Sache her nicht bestritten wird.

Der Forderung der Verbändekonferenz nach einer vollen und vorbehaltlosen Verzinsung ist entgegenzusetzen, dass gerade in Zeiten, in denen die Beiträge des so genannt dritten Beitragszahlers, d.h. die Erträge aus Anlagen an den Finanzmärkten, tiefer ausfallen, auch die Wirtschaft schlechter läuft. Dies bedeutet für die Stadt tiefere Steuereinnahmen. Im Weiteren ist es vertretbar, bei angespannter Finanzlage der Stadt auch einmal auf eine Verzinsung



der Deckungslücke zu verzichten, da die Verzinsung eine von verschiedenen Massnahmen ist, eine Ausfinanzierung zu erreichen. Eine explizite Verpflichtung für eine Umsetzung dieser Massnahme besteht nicht.

VIII. *Übergangs- und Schlussbestimmungen (neu Artikel 55 bis 63)*

Artikel 56 Renten und andere Leistungen

Artikel 57 Kürzung der Altersrente bei vorzeitigem Ruhestand

Unverändert, abgesehen von der Nummerierung.

Artikel 47ter alt

AHV-Überbrückungsrente bei Pensionierung mit Erreichen der Altersgrenze

Dieser Artikel wird gestrichen, weil die Stadt aufgrund der Flexibilisierung des ordentlichen Rentenalters per 1.1.2005 (PR-Revision) zwischen dem 63. und 65. Altersjahr keine neuen nicht rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrenten mehr ausrichtet.

Artikel 58 Laufende Ruhegehälter

Präzisierung als Folge dieser Revision, jedoch ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 49 alt

Einkauf anwartschaftlicher Ruhegehälter

Der Artikel kann gestrichen werden, weil die Stadt den Einkauf von Mitgliedern des Stadtrates in die Versicherungskasse schon seit 1999 nicht mehr mitfinanziert.

Artikel 59 Freiwillig Versicherte

Unverändert, abgesehen von der Nummerierung.

Artikel 60 Lehrerpensionskasse

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 61 Ausführungsbestimmungen

Lit. a) Art. 52 (alt) wird gestrichen, da der Stadtrat bisher keine Ausführungsbestimmungen erlassen hat und dies auch in Zukunft nicht geplant ist. Als „Wegweiser“ für die Wohneigentumsförderung dient das bestehende Merkblatt des Personalamtes.

Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen.

Artikel 62 Aufhebung bisherigen Rechts

Anpassung als Folge dieser Revision.



Artikel 63 Änderung des Reglements

Dieser Artikel wurde im Hinblick auf zukünftige Revisionen neu aufgenommen.

Artikel 64 Inkrafttreten

Anpassung als Folge dieser Revision.

Anhang 1 Barwert-Tabelle für Eintritte und Austritte

Unverändert

Anhang 2 Beiträge und Nachzahlungen

Anhang 3 Berechnung der Austrittsleistung

Keine materiellen Änderungen, nur Anpassung der Artikel-Nummerierung.

**Anhang 4 Barwert-Tabelle für den Auskauf von Rentenkürzungen
bei vorzeitiger Alterspensionierung**

Unverändert

4 Vernehmlassung

Die stadträtliche Vorlage wurde den Personalverbänden, den Dienststellen sowie den angeschlossenen Institutionen zur Vernehmlassung unterbreitet.

Beim grössten Teil der Revisionspunkte handelt es sich um gesetzlich vorgeschriebene Änderungen oder notwendige Präzisierungen ohne materielle Auswirkungen. Diese gaben in der Vernehmlassung deshalb zu keinen Bemerkungen Anlass. Die Leistungsanpassungen bei den IV-Renten und den Ergänzungsrenten werden zwar bedauert, deren Notwendigkeit wird aber grösstenteils anerkannt.

Die Verbändekonferenz sowie einzelne Dienststellen forderten die Gleichstellung unverheirateter Lebenspartner mit verheirateten Paaren und eingetragenen Partnerschaften. Diesem Anliegen ist der Stadtrat nicht nachgekommen, weil er in der heutigen finanziellen Situation der Kasse auch einen kleinen Leistungsausbau als widersprüchlich betrachtet. Zudem haben Konkubinatspaare im Gegensatz zu gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit, zu heiraten und somit den gleichen Versicherungsschutz zu erlangen. Im Weiteren darf vor allem die Problematik der Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen und der damit verbundenen Rechtsunsicherheit nicht unterschätzt werden. Es gibt Vorsorgeeinrichtungen, welche die einmal eingeführte Lebenspartnerrente u.a. deshalb wieder abgeschafft haben.

Ein weiteres Anliegen der Verbändekonferenz war die Senkung des Rückzahlungssatzes (s. auch Kommentar zu Art. 16). Da bei vorzeitiger Alterspensionierung die Rente gekürzt wird,



hat der Stadtrat diesem Begehren Rechnung getragen und den Rückzahlungssatz von 8.0 % auf 7.3 % gesenkt.

Bezüglich Verzinsung der Deckungslücke fordert die Verbändekonferenz diese voll und vorbehaltlos. Hingegen melden verschiedene angeschlossene Institutionen diesbezüglich Bedenken an. Sie befürchten nicht mehr tragbare Kosten bei ohnehin angespanntem Budget. Die Ausfinanzierung der Kasse wird zwar befürwortet, jedoch nicht ausschliesslich zu Lasten der Arbeitgeber.

Um die „Opfersymmetrie“ zwischen Arbeitgeberin Stadt und Versicherten zu wahren, wird die Stadt bei der Lohnentwicklung eine gewisse Zurückhaltung üben und den Teuerungsausgleich 2007 auf den Renten aussetzen.

5 Stellungnahme der Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission der Versicherungskasse hat die vorgeschlagenen Revisionspunkte in den Sitzungen vom 27. März und 18. Mai 2006 diskutiert und zu Händen des Stadtrates mehrheitlich gutgeheissen. Sie wurde auch schriftlich über die Ergebnisse der Vernehmlassung und die in diesem Zusammenhang vom Stadtrat beschlossenen Änderungen vorgängig informiert.

6 Finanzielle Auswirkungen

für die Versicherungskasse

Mit den vorgängig beschriebenen Änderungen beim IV-Rentenanspruch (Art. 23) wird beabsichtigt, die finanzielle Lage der Versicherungskasse mittelfristig zu stärken und so eine Erhöhung der Beiträge zu vermeiden. Ebenso wird die Kasse durch die zukünftig von der Stadt getragenen Kosten für nicht verrechenbare Aufwendungen im Zusammenhang mit Invalidisierungen (Art. 25) um voraussichtlich rund Fr. 10'000.– jährlich entlastet.

Auch die je nach finanziellen Möglichkeiten vollständige Verzinsung der Deckungslücke durch die Stadt und die angeschlossenen Institutionen wird dazu beitragen, dass die Versicherungskasse dem gesteckten Ziel der Ausfinanzierung näher kommt. Die Entlastung der Kasse entspricht der unten aufgeführten Belastung der Stadt und der angeschlossenen Institutionen.

Die Reduktion des Rückzahlungssatzes von 8.0 % auf 7.3 % beim Bezug einer AHV-Überbrückungsrente bringt der Versicherungskasse Mindereinnahmen, jedoch keine Finanzierungseinbusse, da der neue Satz versicherungstechnisch neutral ist.



für die Stadt

Die oben aufgeführten Entlastungen der Versicherungskasse führen voraussichtlich zu folgenden finanziellen Belastungen der Stadt:

- Nicht verrechenbare Aufwendungen im Zusammenhang mit Invalidisierungen ca. Fr. 10'000 pro Jahr
- Maximale Belastung bei Verzinsung der Deckungslücke bis 100 % bei einem angenommenen Deckungsgrad von rund 90 %
 - Stadt (inkl. Rentner/-innen) ca. Fr. 1'912'700 pro Jahr
 - Betriebe (inkl. Rentner/-innen) ca. Fr. 793'000 pro Jahr

Mit der angestrebten Erhöhung des Deckungsgrades werden sich diese Kosten entsprechend reduzieren.

für die angeschlossenen Institutionen

Die durch die vollständige Verzinsung der Deckungslücke entstehenden Zusatzkosten aller angeschlossenen Institutionen beläuft sich bei einem angenommenen Deckungsgrad von 90 % auf ca. Fr. 776'200 jährlich. Auch diese Kosten reduzieren sich mit der Erhöhung des Deckungsgrades.

7 Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Es wird ein Reglement für die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen gemäss Beilage erlassen.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage
Reglement für die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen

